

Ergebnis – Protokoll

27. Sitzung des Arbeitskreises Ambulante Suchthilfe

Datum:	Ort:	Uhrzeit :
09. November 2022	MSGIV in Potsdam Haus S, Raum 1.095.1/2	13.30 bis 15:30 Uhr

Teilnehmer: Hr. Haftenberger, Fr. Hardeling, Hr. Zeis, Hr. Stapperfenne, Hr. Krüger, Fr. Lehnhardt, Hr. Leydecker. **Entsch.:** Fr. Finke, Fr. Schmiedl, Fr. Scheifhacken, Fr. Zinke-Donie. **Unentsch.:** LÄK GF-Vertreter

Ergebnisse:

TOP 1: Begrüßung. Vorstellung neuer AK Mitglieder und regelmäßiger Gäste

Michael Leydecker begrüßt die Teilnehmer:innen der 27. Sitzung und entschuldigt die o.g. Mitglieder des AK. Hr. Haftenberger kann aus Termingründen heute nur 1 Stunde teilnehmen. Hr. Zeis stellt sich als Nachfolger von Frau Dr. Neuhaus (AWO Potsdam / PM) vor.

TOP 2: Protokollkontrolle.

Das Protokoll vom 15.01.2020 wird ohne Änderungen verabschiedet.

TOP 3: Kurze Zusammenfassung der Beschlüsse des 7. Plenums der Landessuchtkonferenz 10.2020

- **Bestandsaufnahme zur Versorgung substituierter Opiatabhängiger / Entwicklung regionaler Versorgungsmöglichkeiten**
- **Entwicklung von Online-Angeboten in der ambulanten Suchthilfe**
- **Prüfen, ob Ressourcen zur Analyse / Begutachtung der Versorgungssituation im Land insgesamt verfügbar sind**

TOP 4: Bestandsaufnahme Substitution u.a.

Fr. Lehnhardt berichtet, dass sich die Fachabteilung des MSGIV dazu entschlossen habe, den Auftrag der LSK zunächst in Form von Einzelkonsultationen zu erbringen. Hier könnten Themen und Probleme eruiert werden und ggf. in ein gemeinsames Fachgespräch münden.

Hr. Krüger berichtet, dass innerhalb der LÄK ein AK Substituierende Ärzte gegründet worden sei. Aktuell werde hier coronabedingt stark diskutiert, wie die Apotheken besser in die Versorgung der Substituierten mit einbezogen werden können. Dazu werden Vertreter der Apothekenkammer zum nächsten AK eingeladen.

TOP 5: DigiSucht im Land Brandenburg

Fr. Hardeling berichtet von den fortgeschrittenen Vorbereitungen zur Entwicklung einer bundesweit abgestimmten Plattform mit digitalen Angeboten für Suchtbetroffene und deren Angehörige. In Zusammenarbeit mit dem Projektträger Delphi, Berlin hat im Oktober die Modellphase des Projekts an drei Standorten in Brandenburg begonnen (Wittenberge, Prignitz; Wildau/ Lübben, LDS und Spremberg, SPN): <www.suchtberatung.digital>

Im Vorfeld sei geprüft worden, ob es sinnvoll sei, die Aktivitäten von DigiSucht mit dem seit 2017 laufenden OZG-Prozess zu koordinieren. Dabei hat sich ergeben, dass die digitale Plattform im Rahmen des Online-Zugang-Gesetzes nicht ausreichend geeignet sein wird für fachlich fundierte digitale Beratung. Um Doppelfinanzierungen zu vermeiden, wird die OZG Plattform zukünftig per link auf DigiSucht verweisen.

Anfrage Richtung Vertretung MSGIV:

Könnte es im Rahmen des Doppel-Haushaltes 23/24 Fördermöglichkeiten für Hardware geben, damit weitere Suchtberatungen integriert werden könnten beim geplanten ‚Ausrollen‘ des Programms?

Im Rahmen des HH sieht Frau Lehnhardt keinen weiteren Spielraum. In der nachfolgenden Diskussion wird der Kontakt zur regionalen Wirtschaftsförderung vorgeschlagen, die für Digitalisierungsprozesse auch über Budgets verfügen dürfte.

Exkurs

Im Kontext der Ambulanten Rehabilitation wird die Frage nach Zuzahlung für Versicherte analog stationärer Behandlungen aufgeworfen, dort sind pro Versicherten 280 € Zuzahlung üblich. Die Praxis der GKV scheint hier uneinheitlich zu sein. Fr. Hardeling wird dazu bei der AOK Nordost den Sachstand abfragen.

TOP 6: Bedarfserhebung zur Versorgungssituation in der Suchthilfe im Land Brandenburg, insbes. zu Themen wie Digitalisierung und Ambulante Reha Sucht / Nachsorge

Vorbild einer solchen Erhebung ist das FOGS Gutachten aus 2009, das unter dem Aspekt der Glücksspielsituation eine differenzierte Analyse des Bestandes von BBS und KBS im Land Brandenburg beinhaltet hat.

Fr. Lehnhardt gibt zu bedenken, dass im gültigen Koalitionsvertrag der Landesregierung keine inhaltliche Brücke zu solch einem Auftrag bestehe, weshalb die Förderung aus dem laufenden Haushalt ausgeschlossen sei.

Andererseits wäre es sinnvoll und wünschenswert eine Evaluierung der Versorgungssituation beim 8. Plenum der Landessuchtkonferenz präsentieren zu können.

Der AK diskutiert in der Folge verschiedene alternative Finanzierungsformen, wie z.B. im Rahmen eines Forschungsauftrages der Medizinischen Hochschule Brandenburgs (Neuruppin) oder über Mittel der Lottostiftung. Dazu werden Hr. Krüger und Fr. Lehnhardt weitere Erkundigungen einholen.

Im einem 2. Schritt verabredet der AK im kommenden Jahr eine kleine Unterarbeitsgruppe zu formieren, die sich mit den möglichen Fragestellungen und der Methodik der Evaluierung beschäftigen soll. Hier sollte auch der aktuelle Corona-Aspekt angemessene Berücksichtigung finden.

TOP 7: Sonstiges / Zsf. Aktionstag Suchtberatung (10.11.2022) u.a.

Fr. Hardeling berichtet von unterschiedlichen Brandenburger Aktivitäten zur Hervorhebung der Bedeutung Ambulanter Suchthilfe / Suchtberatungsstellen im kommunalen Kontext. Das diesjährige Motto lautet: wir sind für alle da – noch! Dazu hat die BLS auch eine Pressemitteilung mit interessanten Fact Sheets vorbereitet.

Hr. Zeis berichtet zusammenfassend von seiner Master-Arbeit zum Thema Suchtberatung und Europäisches Vergaberecht (seit 2016). Fazit: das derzeitige Verfahren stellt sich als sehr ineffizient und bürokratisch dar, der Schwellenwert des Angebotsumfangs sei mit 720 Td. € bei mehrjähriger Laufzeit sehr niedrig angesetzt, die Verunsicherung regionaler Träger entsprechend groß, notwendige inhaltliche Abstimmungen zu Bedarfen und Versorgungskonzepten würden von den Verwaltungen aus formalen Gründen zurückgestellt werden, Pluspunkte seien lediglich längere Laufzeiten und Tarifpflicht für das Personal.

Zum Abschluss wünscht sich Hr. Krüger, dass die Webseite der LSK mitsamt den AKs aktualisiert wird, insbesondere die Mitgliederliste sei nicht mehr auf dem Stand.

Außerdem wirft er die Frage auf, ob der Name dieses AK der in der Praxis notwendigen Verzahnung von stationärer und ambulanten Suchthilfe tatsächlich gerecht werde? Aus seiner Sicht gehe es um ein Miteinander von ärztlicher Grundversorgung, stationärer Entgiftung, Suchtberatung und Rehabilitation. Der aktuelle Name stehe eher für die Tradition der Versäulung statt für ein flexibles Miteinander von BBS, niedergelassenen Ärzten und stationären Strukturen.

Arbeitsauftrag	Termin	Verantwortlich
Diverse Recherchen	04.2023	Sprecher/ Alle
Nächster Termin: (26.04.2023) verschoben auf: 31.05.2023 13:30-16:00 Uhr Raum: 2164	Anlagen:	